

Keine Nachteile für Versicherte

Interview mit Regierungsrat Hansjörg Frick zum Aus der Liechtensteinischen Krankenkasse LKK

Die Liechtensteinische Krankenkasse LKK steht aufgrund ihrer finanziellen Lage vor dem endgültigen Aus. Wir haben uns mit dem für das Ressort Gesundheit und Soziales zuständigen Regierungsrat Hansjörg Frick über das weitere Vorgehen unterhalten.

Mit Hansjörg Frick sprach
Martin Frommelt

VOLKSBLATT: Noch im November hatten Sie Vertrauen in die LKK. Sie sagten sogar, dass Sie sich bei der LKK versichern würden: Was hat Sie dazu bewogen, jetzt, zwei Monate später, die Meinung derart zu ändern?

Hansjörg Frick: Als im Herbst 2001 der Verwaltungsrat der LKK nach Ablauf der Mandatsperiode zurückgetreten ist, war von Problemen im Bereich der Organisation oder von akuten Finanzproblemen nicht die Rede. Erwähnt wurden lediglich die fehlenden Reserven und die dünne Finanzdecke der LKK. Der Jahresabschluss 2000 wies einen, wenn auch geringen, Überschuss aus und auch für das Jahr 2001 wurde ein ähnliches Resultat prognostiziert. Eine im November veranlasste Sonderprüfung, welche im Zusammenhang mit der Bestellung eines neuen Verwaltungsrates in Auftrag gegeben worden war und die Finanzlage und die Organisation im Detail analysieren sollte, zeigte dann ein anderes Bild. Die Aufsichtsbehörde hat sodann am 18. Januar 2002 die Regierung darüber informiert, dass sich die Ertragslage bei der LKK in den letzten Monaten verschlechtert habe und auch bezüglich Geschäftsführung Handlungsbedarf bestehe.

Im Herbst vergangenen Jahres konnte noch nicht vorausgesehen werden, wie sich die Situation der LKK Ende letzten bzw. Anfang dieses Jahres darstellen wird. Es ist heute davon auszugehen, dass die LKK in der bestehenden Form auf dem Markt nicht überlebensfähig sein wird.

Aufsichtsbehörde der Krankenkassen ist das Amt für Volkswirtschaft: Wenn Sie das Amt stets über den aktuellen Stand informiert hätte, dann hätten doch irgendwann einmal Alarmglocken klingeln müssen: Hat Sie die Aufsichtsbehörde im Stich gelassen?

Die Aufsichtsbehörde im AVW hat nicht versagt, sie hat in den letzten Jahren gerade bei der LKK stets eine besondere Aufsicht wahrgenommen. Das Amt für Volkswirtschaft verord-



Regierungsrat Hansjörg Frick: «Die Übernahme soll zügig, aber nicht überstürzt ablaufen.»

nete der LKK beispielsweise, monatlich eine aktualisierte Liquiditätsplanung zu erstellen. Diese wurde von der Aufsichtsbehörde jeweils analysiert.

Letztendlich war es die Aufsichtsbehörde, welche die Regierung auf die aktuelle Situation aufmerksam gemacht hat und nicht die für die Rechnungsprüfung zuständige Firma oder die Revisionsgesellschaft, welche den Auftrag für eine Sonderprüfung erhielt.

Wie sieht es mit politischer Verantwortung aus?

Die Regierung hat eine sozialpolitische Verantwortung gegenüber den Versicherten.

Mit den getroffenen Massnahmen hat sie ihre Verantwortung wahrgenommen. Die Regierung steht hinter den Versicherten und schützt ihre Interessen. Sie strebt eine Lösung im Sinne der Versicherten an und sie werden in den nächsten Tagen eingehend informiert werden.

Warum kein weiterer Rettungsversuch?

Der Landtag hat 1997 der LKK durch ein Darlehen einen Neubeginn ermöglicht. Wir sind uns bewusst, dass diese Umschuldung keine eigentliche Sanierung war. Trotzdem hat sich die LKK einige Jahre gut über Wasser gehalten. Nun ist sie, aus welchen Gründen immer, wieder in Schwierigkeiten. Die Regierung ist nun der Meinung, dass kein weiterer Versuch gemacht werden sollte, sondern eine Lösung angegangen werden muss.

Entspricht dies der freien Marktwirtschaft, wenn LKK-Kunden jetzt einfach gesamthaft einer anderen Kassa zugeschickt werden?

In der liechtensteinischen Krankenversicherungslandschaft dominiert eine schweizerische Versicherungsgesellschaft. Sie ist mit grossem Abstand Marktführerin. Daneben gibt es zwei kleinere liechtensteinische Versicherer, wovon eine die LKK ist, sowie noch

zwei kleinere Schweizer Krankenkassen. Es ist meines Erachtens sinnvoll, wenn nun durch die Zusammenführung dieser zwei liechtensteinischen Kassen ein etwas grösserer Gegenpol geschaffen wird.

Ohne Finanzspritze des Staates wird es aber wohl nicht ausgehen?

Das ist richtig, die Regierung hat sich klar dafür ausgesprochen, dass sie sich dafür einsetzen wird, dass ein allfälliger Verlust abgedeckt wird. Ausserdem hat sie eine Verhandlungsbereitschaft signalisiert bezüglich der unzureichenden Reserven der LKK. Dies allerdings mit dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Landtag.

Aus einem freien Markt mit einer Kassenvielfalt wird nun offensichtlich ein Markt mit noch zwei Kassen: Bereitet Ihnen diese Entwicklung nicht Sorge?

Die Kassenvielfalt hat abgenommen, nachdem vor knapp zwei Jahren ein neues KVG eingeführt worden ist. Die Entwicklung einer zweiten stärkeren Krankenkasse finde ich positiv.

Warum nicht eine Staatskassa?

Eine Staatskrankenkasse wurde schon früher diskutiert. Die Sinnhaftigkeit einer solchen Kassa müsste abgeklärt werden. Ganz spontan ausgedrückt denke ich, dass eine Verstaatlichung gegen den Trend der Zeit laufen würde. In diesem Falle war rasches Handeln notwendig, so dass eine solche Variante nicht in Betracht gezogen werden konnte.

Was passiert mit den LKK-Mitarbeitern?

Das Personal der LKK ist sicher ein Punkt bei den Übernahmeverhandlungen. Die Vertragspartner sind sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung bewusst.

Wie sieht der Zeitplan aus?

Die kurzfristig notwendigen Massnahmen wurden bereits detailliert festgelegt. Die Verhandlungen mit der Freien Krankenkasse Balzers werden so schnell wie möglich aufgenommen. Die Übernahme soll zügig, aber nicht überstürzt ablaufen. Das Tagesgeschäft bei der LKK wird ordentlich weitergeführt, so dass für die Versicherten keine Nachteile entstehen.

Es wird sicher einige Wochen dauern, bis die finanzielle Situation geklärt ist und dadurch der Finanzbedarf festgestellt werden kann. Erst dann kann die Regierung mit einem entsprechenden Antrag an den Landtag gelangen.



Brigitte Haas aus Vaduz wurde zur neuen stellvertretenden Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer ernannt.

LIHK: neue stv. Geschäftsführerin

Infolge immer umfangreicher Aufgaben hat der Vorstand der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) beschlossen, die Geschäftsstelle personell auszubauen. Lic.iur. Brigitte Haas, Vaduz, wurde zur neuen stellvertretenden Geschäftsführerin ernannt.

Die Juristin Brigitte Haas weist eine fundierte Ausbildung und Erfahrung in verschiedenen Berufszweigen auf. Bis Ende 2001 arbeitete sie bei der Stabsstelle EWR der liechtensteinischen Regierung. Ihr Aufgabenbereich bei der LIHK beinhaltet u.a. die Vorbereitung von Sitzungen und Versammlungen und den Vollzug von Beschlüssen der Vereinsorgane. Als Juristin bereitet sie Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen der Regierung vor. Die Erarbeitung von PR-Unterlagen wie Vorträge, Zeitungsartikel usw., die Organisation von Veranstaltungen sowie Repräsentationspflichten sind weitere Beispiele aus dem umfangreichen Tätigkeitsfeld.

Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer hat insbesondere die Aufgabe, die Interessen der Mitgliedsunternehmen zu vertreten, eine gesunde Volkswirtschaft zu fördern sowie das gedeihliche Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden zu unterstützen.

Gemeinsam mit dem Vorstand und dem Geschäftsführer Josef Beck, der die LIHK seit fünf Jahren kompetent und erfolgreich leitet, wird Brigitte Haas dazu beitragen, die Standortbedingungen in Liechtenstein zu erhalten oder zu verbessern, damit aktive Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben und ihren Beschäftigten gute Arbeitsplätze bieten können.

Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer heisst Brigitte Haas herzlich willkommen und freut sich auf eine angenehme, erfolgreiche Zusammenarbeit. **LIHK**

FKB übernimmt gesamten LKK-Versichertenstamm

Pressemitteilung der Freiwilligen Krankenkasse Balzers

Wie gestern aus den Pressemitteilungen der Regierung zu entnehmen war, sind Sofortmassnahmen notwendig, um Fehlentwicklungen bei der Liechtensteinischen Krankenkasse (LKK) entgegenzuwirken. Die Freiwillige Krankenkasse Balzers (FKB) hat die Bereitschaft erklärt, den gesamten Versichertenstamm der LKK zu übernehmen. Dies weder zum Nachteil der Versicherten der LKK noch der Versicherten der FKB. Die LKK-Versicherten können selbst-

verständlich von der gesamten Produktpalette der FKB profitieren, da die FKB ähnliche bis identische Produkte wie die LKK führt und dies teilweise sogar mit niedrigeren Prämien. Das Eintrittsalter wird ebenfalls beibehalten. Weiteres wird nach Kräften versucht für die LKK-Versicherten den Übergang so angenehm wie möglich zu gestalten.

Das Krankenversicherungsgeschäft wird bis zur definitiven Übernahme wie bis anhin weitergeführt. Die An-

laufstellen sowie das beschäftigte Personal bleiben bis zum erwähnten Zeitpunkt unverändert. Zudem beabsichtigt die FKB, für die Kundenbetreuung vor Ort eine Niederlassung in Schaan zu betreiben.

Für die Versicherten der FKB werden sich überhaupt keine Änderungen ergeben. Es ist auch erklärte Absicht der Regierung sowie des Vorstandes der FKB, dass die Eingliederung nicht zum Nachteil der bisherigen Versicherten der FKB erfolgen soll.

Die FKB wird raschmöglichst alle bestehenden sowie neuen Versicherten individuell über die bevorstehenden Massnahmen orientieren. In regelmäßigen Abständen werden Neuinformationen folgen. Die Versicherten der LKK sind bei der FKB geschätzt und willkommen. Diese wird sich bemühen ihre stets gelebte Praxis in Bezug auf Dienstleistung jederzeit zur vollen Zufriedenheit ihrer Kunden zu erbringen. **Vorstand und Geschäftsleitung der Freiwilligen Krankenkasse Balzers**

Stromverbrauch zurückgegangen

CHUR: Der Stromverbrauch im Kanton Graubünden ist erstmals seit vier Jahren wieder zurückgegangen. Im hydrologischen Jahr 2000/2001 wurden insgesamt 1775 Millionen Kilowattstunden oder 3,7 Prozent weniger als im Vorjahr verbraucht.

Im Bereich der Haushalte, des Gewerbes, der Landwirtschaft und Dienstleistungen betrug der Minderverbrauch 4,3 Prozent, wie das Amt für Energie Graubünden am Donnerstag bekannt gab. Bei den Eisenbahnen (Rhätische Bahn, Furka-Oberalp-Bahn, SBB) belief sich der Rückgang auf 3,4 Prozent.

Einzig in der Industrie stieg der Konsum um 0,4 Prozent. Ausschlaggebend dafür war die gute Wirtschaftslage, wie das Amt für Energie weiter mitteilte.

REKLAME

Wir sagen JA zur Verkehrsinitiative

Stimmen auch Sie am 8.10. März mit JA. Initiativkomitee «Verkehrspolitik mit Zukunft»

„Unser beschränkter Boden soll nicht durch Strassen verbaut werden.“
Irene Dünser

„Warum etwas Vernünftiges unterlassen, wenn es getan werden kann?“
Rainer Wolfinger

„Ich möchte auch in Zukunft für uns alle einen gesunden Lebensraum.“
Helen Näff